

Aus dem englischen Original: <http://www.socialeurope.eu/2015/06/greece-germany-and-the-eurozone/>

Übersetzt von Phillipp Heimberger

Griechenland, Deutschland und die Eurozone

Yanis Varoufakis (11.6. 2015)

Vortrag für die Hans Böckler Stiftung und die Humboldt Viadrina School of Governance Berlin, gehalten am 8. Juni 2015.

Ich danke Ihnen für die Einladung. Danke, dass ich hier sein darf. Danke für den herzlichen Empfang. Und vor allem: Danke für die Möglichkeit, Brücken zu bauen, Gemeinsamkeiten den Weg zu ebnen und Harmonie zu fördern angesichts der offenkundigen Versuche, Samen der Zwietracht zwischen Menschen zu säen, deren historische Pflicht es ist, näher zusammenzurücken.

Gespalten durch eine gemeinsame Währung

Seit dem Ende des Kriegs waren die GriechInnen und die Deutschen, gemeinsam mit anderen EuropäerInnen, tief miteinander verbunden. Wir waren verbunden trotz unterschiedlicher Sprachen, anderer Kulturen, ungleicher Temperamente. In dem Prozess des Sich-einander-Annäherns haben wir entdeckt, und zwar mit großer Freude, dass es weniger Unterschiede zwischen unseren Nationen als Unterschiede innerhalb unserer Länder gibt.

Dann kam das globale Finanzdesaster des Jahres 2008, und ein bis zwei Jahre später waren jene europäischen Menschen plötzlich gespalten, die vormals so glänzend vereint gewesen waren, gespalten durch... eine gemeinsame Währung – ein Paradox, das sehr reizvoll wäre, wenn es denn nicht so viele Gefahren mit sich brächte. Gefahren für unsere Bevölkerungen. Gefahren für die Zukunft. Gefahren für die Idee von europäischem Wohlstand für alle.

Die Geschichte scheint eine gewisse Vorliebe für die Farce zu haben, wenn man sie daran beurteilt, wie sie sich manchmal selbst wiederholt. Der Kalte Krieg begann nicht in Berlin, sondern im Dezember 1944 in den Straßen von Athen. Die Eurokrise nahm ihren Ausgang ebenfalls in Athen, im Jahr 2010, ausgelöst durch Griechenlands Schuldenprobleme. Griechenland war, durch eine Fügung des Schicksals, der Geburtsort sowohl für den Kalten Krieg, als auch für die Eurokrise. Aber die Ursachen verlaufen viel tiefer, und sie umfassen den gesamten Kontinent.

Was waren die Ursachen der Eurokrise? Die Nachrichtenmedien und PolitikerInnen lieben einfache Geschichten. Wie in Hollywood haben sie einen Hang für Moralgeschichten, in denen es Bösewichte und Opfer gibt. Äsops Fabel von der Ameise und der Heuschrecke war ein durchschlagender Erfolg. Von 2010 an geht die Erzählung etwa so: Die griechischen Heuschrecken haben ihre Hausaufgaben nicht gemacht und ihr schuldenfinanzierter Sommer endete eines Tages abrupt. Daraufhin mussten die Ameisen antreten, um den Heuschrecken einen Bailout zu gewähren. Und jetzt wird der

deutschen Bevölkerung eingeredet, dass die griechischen Heuschrecken ihre Schulden nicht zurückzahlen wollen. Sie wollten zurück zu ihrem ausschweifenden Lebenswandel, um wieder Spaß in der Sonne zu haben, und einen weiteren Bailout, damit sie sich ihr Leben auch finanzieren können.

Das ist eine mächtige Erzählung. Eine Erzählung, die der harten Haltung zugrundeliegt, die viele gegenüber den GriechInnen vertreten, gegen unsere Regierung. Das Problem liegt darin, dass es eine irreführende Geschichte ist. Eine Geschichte, die einen langen Schatten auf die Wahrheit wirft. Ein Gleichnis, das stolze Nationen gegeneinander ausspielt. Mit Verlierern, egal wohin man blickt. Außer vielleicht die Feinde Europas und der Demokratie, die gerade eine herrliche Zeit haben.

Recycling in einem gemeinsamen Währungsraum

Lassen Sie mich mit einer Binsenweisheit beginnen: Die Schulden der einen Person sind die Vermögenswerte einer anderen. Ebenso sind die Defizite der einen Nation die Überschüsse einer anderen. Wenn eine Nation oder Region stärker industrialisiert ist als eine andere; wenn sie mehr hochwertige handelbare Güter produziert, während die andere sich auf nicht-handelbare Güter mit niedrigem Ertrag und geringer Wertschöpfung konzentriert; dann gibt es eine tief verwurzelte Asymmetrie. Denken Sie nicht nur an Deutschland im Verhältnis zu Griechenland. Denken sie auch an Ostdeutschland im Verhältnis zu Westdeutschland, Missouri im Verhältnis zu dem benachbarten Texas, Nordengland im Verhältnis zum größeren Gebiet Londons – alles Fälle von Leistungsbilanzungleichgewichten, die eine eindrucksvolle Beharrungstendenz haben.

Ein frei fluktuierender Wechselkurs, wie jener zwischen Japan und Brasilien, hilft dabei, die Ungleichgewichte in Schach zu halten, allerdings auf Kosten erhöhter Volatilität. Aber wenn der Wechselkurs fixiert ist, um den Unternehmen mehr Planungssicherheit zu geben (oder, was noch wirkungsmächtiger ist, wenn wir einen gemeinsame Währungsraum errichten), dann passiert etwas anderes: Die Banken beginnen, die Überschüsse und Defizite zu verstärken. Sie blasen die Ungleichgewichte auf und machen sie gefährlich. Das passiert automatisch. Ohne dass die WählerInnen der Parlamente gefragt würden. Selbst ohne dass die Regierung des jeweiligen Landes davon Notiz nimmt. Genau das ist es, was ich als das Recycling von toxischen Schulden und Überschüssen bezeichne. Durch die Banken.

Toxisches Recycling

Es ist einfach zu erkennen, wie das passiert: Ein deutscher Leistungsbilanzüberschuss gegenüber Griechenland generiert einen Transfer von Euros aus Griechenland nach Deutschland. Per Definition!

Exakt das ist in den „guten alten Zeiten“ passiert – vor der Krise. Euros, die von deutschen Unternehmen in Griechenland und anderswo in der Eurozonenperipherie verdient worden waren, wurden in Frankfurter Banken angehäuft. Dieses Geld erhöhte die Geldmenge in Deutschland und senkte den Preis des Geldes. Und was ist der Preis des Geldes? Der Zins! Deshalb waren die Zinsen in Deutschland im Verhältnis zu anderen Eurozonenländern so niedrig.

Plötzlich hatten die Banken im Norden der Eurozone einen Grund, ihre Reserven zurück an die Griechen zu verleihen, an die Iren, an die Spanier – an Nationen, wo die Zinsen deutlich höher waren, weil die Geldmittel in Defizitregionen einer Währungsregion stets knapper sind.

Und so kam es dazu, dass ein Schuldentsunami in Frankfurt seinen Ausgang nahm, in den Niederlanden, in Paris – und von dort nach Athen, nach Dublin, nach Madrid zog, völlig unbeeindruckt von der Aussicht einer Abwertung der Drachme oder der Lira, weil wir uns alle den Euro teilen, und vorangetrieben durch die Illusion des risikolosen Risikos; eine Fantasie, die in der Wallstreet ihren Ausgang nahm, wo die Finanzialisierung ihren hässlichen Kopf emporstreckte.

Um es anders auszudrücken: Schuldenflüsse zu Orten wie Griechenland waren die andere Seite der Medaille der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse. Griechenlands und Irlands Schulden gegenüber deutschen Privatbanken hielten Deutschlands Exporte an Griechenland und Irland aufrecht. Das ist so ähnlich, wie wenn man ein Auto vom Händler kauft, der den Käufer mit einem Kredit ausstattet, damit dieser sich das Auto leisten kann. Absatzfinanzierung ist der dafür verwendete Fachbegriff.

Können Sie das Problem erkennen? Um die Außenhandelsüberschüsse innerhalb eines gemeinsamen Währungsraumes aufrecht zu erhalten, muss das Bankensystem einen wachsenden Schuldenberg auf die Defizitländer abladen. Ja, der griechische Staat war ein unverantwortlicher Kreditnehmer. Aber, meine Damen und Herren, für jeden unverantwortlichen Kreditnehmer gibt es auch einen dazugehörigen unverantwortlichen Kreditgeber. Nehmen Sie Irland und Spanien, und kontrastieren Sie diese Beispiele mit Griechenland. Ihre Regierungen handelten nicht unverantwortlich. Aber dann mussten eben die irischen und spanischen Privatsektoren die Extraschulden, die ihre Regierungen nicht aufnahmen, auf ihre Schultern nehmen. Die Gesamtverschuldung in der Eurozone war das Spiegelbild der Überschüsse der nördlichen Überschussländer.

Deshalb bringt es uns auch nicht weiter, wenn wir über die Verschuldungslage in moralischer Hinsicht nachdenken. Wir haben eine asymmetrische Währungsunion errichtet, mit Regeln, die eine ganze Generation von nicht tragfähiger Verschuldung *garantierte*. So haben wir das System gebaut. Wir alle sind dafür verantwortlich. Gemeinsam. Kollektiv. Als EuropäerInnen. Und wir sind alle dafür verantwortlich, eine Lösung für die bestehenden Probleme zu finden. Kollektiv. Als EuropäerInnen. Ohne dabei mit dem Finger aufeinander zu zeigen. Ohne gegenseitige Anschuldigungen zu erheben.

Vor dem Jahr 2009 waren die griechischen Medien sehr stolz darauf, dass die griechische Wirtschaft schneller wuchs als die deutsche. Sie lagen falsch. Es war Ponzi, ein Pyramidenspiel, schulden-getriebenes Wachstum. Als unsere Blasen platzten, bezichtigte die deutsche Presselandschaft die Eurozonenperipherie der Lasterhaftigkeit, bezeichnete die dortige Bevölkerung als moralisch schlechte europäische BürgerInnen, die nun endlich bekämen, was sie verdienten. Nun waren die deutschen Medien damit an der Reihe, falsch zu liegen. Die exorbitanten Schulden in der Eurozonenperipherie waren essentiell, damit die industrielle Maschinerie und die Bankensysteme in Deutschland und Frankreich vor dem Hintergrund des problematischen banken-basierten Recycling-Systems prosperieren konnten.

Zusammenfassend stand das Recycling der Überschüsse in der Eurozone im Zentrum des Problems. Griechenland und Irland haben einen großen Schlag hinnehmen müssen - im Namen der Eurozone, die alles andere als gut gestaltet worden war. Wir steckten den Schlag ein, um die Banken zu retten, die all das Recycling so miserabel durchgeführt hatten. Um eine Eurozone zu retten, die ökonomisch nicht dazu in der Lage war, die Schockwellen der großen Finanzkrise zu absorbieren, die ihre Architektur ausgelöst hatte, und die politisch nicht willens war, die institutionelle Architektur und damit auch den Mechanismus des Überschuss-Recycling zu reformieren.

Fünf Jahre lang haben Europa und drei unterschiedliche griechische Regierungen nun schon so getan, als ob sie die Krise gelöst hätten, während sie in Wahrheit nur in die Zukunft verlängert wurde. Unter der Illusion, dass die Insolvenz eines Landes gelöst werden kann, indem einfach noch mehr Schulden aufgehäuft werden, und zwar unter Bedingungen weiterer einkommensreduzierender Austeritätsmaßnahmen, welche die Fähigkeit zur Bedienung der Schulden untergräbt. Währenddessen hat sich eine Große Depression entwickelt, das politische Zentrum ist zusammengebrochen, Kinder bleiben wegen Unterernährung der Schule fern, und die Nazis sind aus ihren Löchern gekrochen.

Wie ich bereits sagte: Es ist absolut zwecklos, das „Wer ist schuld?“-Spiel zu spielen. Wessen schuld war die Krise? Wir alle haben Schuld auf uns geladen. Wir haben eine Eurozone kreiert, mit einem Überschuss-Recycling-Mechanismus, der mit mathematischer Präzision in eine Krise geführt hat, mit Opfern wohin man auch blickt. Je länger wir brauchen, um das zu realisieren, desto größer wird unser kollektives Versagen sein.

Die Äsop-Fabel , noch einmal aufgegriffen

Ich bezog mich zuvor auf die Äsop-Fabel, die so viel Schaden bezüglich des Verständnisses unserer Bevölkerungen über die Beziehung und die Wertschätzung zwischen den Menschen angerichtet hat. Erlauben Sie mir, diese Fabel etwas anders zu erzählen, auf eine Art und Weise, die am besten auf die ökonomischen Rahmenbedingungen in der Eurozone passt.

Zunächst hoffe ich, dass Sie mit meiner Idee übereinstimmen, dass die Idee, alle Ameisen würden im Norden Europas leben, und alle Heuschrecken seien im Süden zu Hause, nachgerade spaßig wäre, wenn sie nur nicht so beleidigend und destruktiv für unser gemeinsames europäisches Projekt daherkommen würde.

Was in Europa nach der Einführung des Euro während der „guten Zeiten“ passierte, ist, dass die Ameisen überall in Deutschland und Griechenland hart arbeiteten. Und die Ameisen mussten erkennen, dass es schwierig war, damit einen Lebensunterhalt zu bestreiten. Sowohl in Deutschland, als auch in Griechenland. Im scharfen Kontrast dazu feierten die Heuschrecken sowohl in Griechenland als auch in Deutschland eine schuldenfinanzierte Party.

Der Fluss privaten Geldes aus Deutschland nach Griechenland erlaubte es den Heuschrecken im Norden und den Heuschrecken im Süden, ein riesiges Papiervermögen für sich aufzubauen, allerdings zulasten der Ameisen – der deutschen und griechischen Ameisen. Als dann die Krise ausbrach, waren es die Ameisen im Norden, und ganz

besonders die Ameisen im Süden, denen die Last aufgebürdet wurde, einen Bailout für die Heuschrecken beider Nationen auf die Beine zu stellen.

Diese Bailouts haben enorme Kosten für die Ameisen verursacht. Vor allem die griechischen Ameisen verloren ihre Arbeit, ihr Zuhause, ihre Pensionen, während die deutschen Ameisen sich betrogen fühlten, als sie von den Milliardensummen hörten, die nach Griechenland gingen, obwohl sich ihr eigener Lebensstandard trotz ihrer produktiven Anstrengungen einfach nicht verbessern wollte. Wenn es um die Heuschrecken geht, ist anzumerken, dass einige von ihnen durch die Krise auch einen Rückschlag erlitten, aber die großen, fetten Heuschrecken hatten nichts zu befürchten: Sie nahmen ihr unrechtmäßig erworbenes Geld und schafften es nach Genf, London oder Frankfurt. Und dabei machten sie einen großen Reibach.

Genau das ist es, was mit den Bailouts falsch lief. Das Problem liegt nicht darin, dass die Deutschen zu wenig für die Griechen gezahlt hätten. Sie haben sogar viel zu viel gezahlt. Aus den falschen Gründen. Geld, das eigentlich den GriechInnen helfen hätte sollen, wurde in ein schwarzes Loch nicht-nachhaltiger Schulden geworfen, während die Menschen allerorts unter der Krise litten. Vom Ausgangspunkt schulden-getriebenen Wachstums drehten wir uns einmal vollständig im Kreis und landeten bei schulden-finanzierter Austerität.

Unsere Regierung wurde gewählt, um diesen Teufelskreis zu beenden.

Die Austeritätsfalle und die Forderungen der Institutionen

Seit 2010 hat unsere Partei, und auch ich persönlich, vehement gegen die Bailouts Stellung bezogen, die nichts anderes gemacht haben, als neue Schulden auf die bereits bestehenden, nicht-nachhaltigen öffentlichen Schulden Griechenlands aufzutürmen, und zwar unter der Bedingung, dass strikte Austerität durchzusetzen ist, die natürlich zwangsläufig dazu führt, dass alle Einkommen sinken, was Griechenland nur noch weiter in die Insolvenz, in die Depression, in die Misere treibt. Wir haben davor gewarnt, dass es eine gefährliche Torheit ist, die griechischen Staatsschulden einfach aus den Bilanzen der privaten Banken auf die Schultern der europäischen SteuerzahlerInnen abzuladen. Es werde eine Nation gegen die andere ausspielen, ohne irgendetwas dazu beizutragen, eine Lösung für die griechische Insolvenz zu finden.

Die letzten fünf Jahre haben uns Recht gegeben. Und deshalb wurden wir auch gewählt. Von meinem ersten Tag als Finanzminister an habe ich unseren PartnerInnen einen einfachen Vorschlag unterbreitet, in der Eurogruppe und auch an anderer Stelle: Vor dem Hintergrund, dass wir dafür gewählt wurden, das Programm zu beenden, an das ihr felsenfest glaubt, und an das ihr uns weiterhin binden möchtet, werden die Verhandlungen langwierig sein. Lasst uns mit guten Absichten verhandeln. Aber lasst uns in der Zwischenzeit auch eine Einigung darüber erzielen, und zwar so schnell wie möglich, dass wir eine Reihe von Reformen umsetzen, von denen wir alle überzeugt sind, dass sie absolut notwendig sind, und die umzusetzen sich frühere Regierungen geweigert haben. Lasst uns drei oder vier Gesetze durch unser Parlament bringen, auf die wir uns gemeinsam verständigen können, die der Steuerhinterziehung entgegenwirken, eine völlig unabhängige Steuerbehörde etablieren, der Korruption einen schweren Schlag versetzen, die Einkommensteuergesetze reformieren, die unsere

Fernsehkkanäle regulieren und besteuern usw. Lasst uns diese Reformen sofort umsetzen, während die „größeren“, „umfassenderen“ Verhandlungen noch im Gang sind.

Die Antwort, die ich erhielt, war unmissverständlich: „Nein! Du darfst nichts im Parlament verabschieden, solange nicht die komplette Begutachtung des griechischen Programms erfolgreich abgeschlossen ist. Jegliche Gesetzgebung wird als unilaterale Handlung interpretiert werden, was deine Beziehungen mit den Institutionen torpedieren würde.“ Und so kam es, dass sich die Verhandlungen hinziehen, und noch länger hinziehen, und alle unsere Energien in Anspruch nehmen, während die Wirtschaft stagniert, und während wichtige Reformen immer noch darauf warten, gesetzlich umgesetzt zu werden.

Ich werde oft gefragt: „Sei's wie es sei, aber warum hast du die Verhandlungen mit den Institutionen nicht abgeschlossen? Warum hast du dich nicht rasch mit ihnen geeinigt?“ Dafür gibt es drei Gründe.

Erstens bestehen die Institutionen auf nicht-nachhaltigen makroökonomischen Zahlen. Führen Sie sich drei für die nächsten sieben Jahre besonders entscheidende Zahlen vor Augen: Die durchschnittliche Wachstumsrate, den durchschnittlichen Primärüberschuss, und das durchschnittliche Ausmaß der fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen (das heißt neue Steuern und Reduktionen von Sozial- und Pensionsleistungen). Die Institutionen unterbreiten uns Zahlen, die im Widerspruch zueinander stehen. Sie beginnen mit der Annahme, die griechische Wirtschaft solle eine durchschnittliche Wachstumsrate von 3% erreichen. Das ist schön und gut. Aber dann, um zu demonstrieren, dass ihr „Ziel“ erreichbar ist, dass unsere Staatsverschuldung bis 2022 auf 120% unseres BIP reduziert werden könne, verlangen sie Primärüberschüsse von mehr als 3% des BIP, was scharfe Budgetkonsolidierungsmaßnahmen erfordert, wenn das Ziel erreicht werden soll. Das Problem liegt natürlich darin, dass wir den Zielwert einer Wachstumsrate von 3% niemals erreichen können, wenn wir diesen Zahlen zustimmen würden, weil wir unserer Wirtschaft Sparmaßnahmen aufbürden würden, die den Wirtschaftsabschwung noch verschärfen. Das Endresultat unserer Zustimmung zu den nicht-nachhaltigen Zahlen, die von den Institutionen vorgebracht werden, läge darin, dass Griechenland neuerlich grandios scheitern würde, wenn es darum geht, die versprochenen Wachstumsziele zu erreichen, mit schrecklichen Auswirkungen auf unsere Bevölkerung und auf unsere Fähigkeit, den bestehenden Schuldenberg zurückzuzahlen. Anders gesagt: Das Versagen der letzten fünf Jahre würde sich auf unbestimmte Zeit in die Zukunft fortsetzen. Wie könnte unsere neue Regierung da jemals einwilligen?

Zweitens mag man uns vorwerfen, wir seien eine ideologische Regierung von radikal Linken, aber leider sind es gerade die Institutionen, die ideologische Fixierungen an den Tag legen, die es unmöglich machen, eine Einigung zu erzielen. Nehmen Sie als Beispiel ihr Beharren darauf, dass Griechenland zu einer Zone gemacht werden müsse, die frei von ArbeitnehmerInnenschutzrechten ist. Vor zwei Jahren sorgte die Troika zusammen mit der damaligen Regierung dafür, dass die kollektiven Lohnverhandlungen aufgelöst wurden. Die griechischen ArbeiterInnen sind nun auf sich allein gestellt, wenn sie mit ihren ArbeitgeberInnen um Löhne verhandeln. Arbeitsrechte, die über mehr als ein Jahrhundert erkämpft worden waren, wurden in wenigen Stunden einfach so vom Tisch gefegt. Das Resultat bestand natürlich nicht in einem Anstieg der Beschäftigung oder in einer steigenden Effizienz der Arbeitsmärkte. Das Resultat war vielmehr ein

Arbeitsmarkt, in dem mehr als ein Drittel der bezahlten Arbeit unangemeldet vonstatten geht, was die Pensionsfonds und die Steuereinnahmen der Regierung in eine permanente Krise getrieben hat. Unsere Regierung hat einen höchst vernünftigen Lösungsvorschlag in die Verhandlungen eingebracht: Die Angelegenheit soll an die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) weitergegeben werden, die dabei helfen soll, einen modernen, flexiblen, unternehmensfreundlichen Gesetzesentwurf zu erarbeiten, der die kollektiven Lohnverhandlungen wieder an ihrem angemessenen Platz in einer zivilisierten Gesellschaft etabliert. Die Institutionen wiesen diesen Vorschlag zurück und beschuldigten uns, wir wollten „von bereits durchgesetzten Reformen zurückrudern“.

Der dritte Grund dafür, dass wir es nicht geschafft haben, mit den Institutionen eine Einigung zu erzielen, sind die sozial ungerechten Maßnahmen, auf die sie weiterhin bestehen. Zum Beispiel liegen die niedrigsten Pensionen in Griechenland bei etwa 300 Euro, wobei 100 Euro davon durch die sogenannte „Solidaritätspension“ zustande kommen (EKAS). Die Institutionen bestehen darauf, dass wir EKAS abschaffen, während sie gleichzeitig darauf pochen, dass wir die Mehrwertsteuer auf Pharmazeutika (von denen die PensionistInnen am meisten benötigen) von 6% auf 12% und die Mehrwertsteuer auf Elektrizität von 13% auf 23% anheben. Einfach ausgedrückt: Keine Regierung, die auch nur ein Mindestmaß an Sensibilität gegenüber den Schwächsten in einer Gesellschaft hat, könnte solchen Vorschlägen zustimmen.

Ich könnte noch lange so weiter machen, indem ich eine Liste erstelle, eine Litanei von nicht akzeptablen Forderungen unserer Gläubiger. Doch das werde ich nicht tun. Sie haben die Kernaussage bereits verstanden, davon bin ich überzeugt.

Manche fragen mich, ob ich auf einen Grexit vorbereitet sei, um nicht den Forderungen der Institutionen zustimmen zu müssen. Unsere Antwort darauf lautet, dass es ein trauriger Tag für Europa sein wird, wenn die Integrität dieses Kontinents zum Spielball wird – in einem Spiel, in dem es nur um das Ziel geht, eine souveräne Bevölkerung dazu zu zwingen, einem unmöglichen Deal zuzustimmen. Auf jeden Fall werden wir einen solchen schrecklichen Deal nicht unterschreiben, wenn er unseren Menschen schon mit aller Macht aufgezwungen werden soll. Immanuel Kant hat uns gelehrt, dass die hochstehende Bedeutung der Pflicht nichts mit Zweckmäßigkeitsberechnungen zu tun hat. Es ist eine große Ironie, dass es einer griechischen Regierung bedürfen könnte, um Europa an das Diktum dieses großen deutschen Philosophen zu erinnern.

Lassen Sie mich auf die Reformen zurückkommen, die Griechenland braucht. In gewissem Sinn bittet unsere Regierung unsere PartnerInnen lediglich um eine Chance, echte Reformen durchzusetzen. Unsere Hausaufgaben zu erledigen. Bitte lasst uns Griechenland tiefgreifend reformieren. Denn wenn ihr weiterhin auf eure logisch inkonsistenten Zahlen besteht, auf eure ideologischen Fixierungen und die sozial ungerechten Maßnahmen, dann werden wir es nicht schaffen, die griechische Bevölkerung über diesen Reformweg mitzunehmen, den unser Land so dringend gehen muss. Griechenland würde unreformierbar bleiben, wenn die Institutionen die Oberhand gewännen. So einfach ist das.

Lassen Sie mich zusammenfassend sagen, dass wir uns auf angemessene, tiefgreifende Reformen einigen müssen, und diese müssen in ein größeres Paket eingebunden werden, in eine größere Einigung, die dazu in der Lage ist, die griechische Krise für ein und alle Mal zu beenden. Neben diesen tiefgreifenden Reformen bestehen die anderen

zwei Elemente dieser breiteren Einigung darin, dass wir einen Mechanismus finden müssen, um die griechischen Staatsschulden nachhaltig zu machen (ohne Schuldenschnitt und ohne neue Kredite an den griechischen Staat), und dass wir ein Investitionspaket auf die Beine stellen müssen, das die Wirtschaft wiederbelebt und auch die Investitionen des Privatsektors ankurbelt.

Schuldenrestrukturierung – Schulden-Swaps

Die griechische Krise begann mit der Nicht-Tragfähigkeit unserer öffentlichen Schulden. Sie wird nur dann zu Ende gehen, wenn wir unsere Schulden wieder nachhaltig machen. Darum schlagen wir folgendes vor:

Griechenland geht jetzt eine neue Verbindlichkeit von €27 Milliarden mit dem ESM ein, die es uns erlaubt, von der EZB die alten SMP-Anleihen (Securities Market Programme) zurückzukaufen, welche die EZB im Jahr 2010 gekauft hatte, und deren Nominalwert exakt €27 Milliarden beträgt. Dann tilgen wir diese Anleihen sofort. Damit werden die ausstehenden griechischen Schulden bei der EZB voll zurückbezahlt. Dadurch würde unser derzeit bestehendes, kurzfristiges Finanzierungsloch geschlossen werden und Griechenland könnte am quantitativen Lockerungsprogramm der EZB teilnehmen, was uns helfen würde, an die Geldmärkte zurückzukehren, sodass die Notwendigkeit weiterer offizieller Hilfskredite für die Zukunft eliminiert wird. Sobald die SMP-Anleihen an die EZB zurückbezahlt sind, würde die EZB an Griechenland jene „Profite“ abführen (ungefähr €9 Milliarden) – und darauf haben wir uns bereits verständigt –, die sie gemacht hat, indem sie die Anleihen ursprünglich zu einem Preis unter dem Nennwert gekauft hat. Griechenland verwendet das Geld, um seine beim IWF bestehenden Schulden (in der Höhe von €19,96 Milliarden) teilweise zurückzuzahlen. Die dann noch immer beim IWF bestehenden Schulden (ca. €11 Milliarden), würden durch unseren wiedergewonnenen Kapitalmarktzugang refinanziert werden.

Ein offenkundiger Einwand gegenüber diesem Swap besteht darin, dass – während Griechenland kein neues Geld erhalten würde –, der ESM eine neue Verbindlichkeit gewähren müsste, und aus diesem Grund wäre auch ein neues Set an Bedingungen erforderlich. Das ist natürlich richtig. Aber auch dafür gäbe es eine einfache Lösung: Die selben Bedingungen, das heißt ein Reformpaket, auf das wir uns einigen sollten, um das derzeitige Programm abzuschließen, könnte auch als Bedingungskatalog für das neue Arrangement mit dem ESM fungieren. Ein gemeinsames Bündel an Bedingungen, dem unser Parlament zustimmen kann, würde als Basis für den Abschluss des derzeitigen Programms und als Beginn des neuen Arrangements fungieren. Dadurch würden weder Kanzlerin Merkel noch Premierminister Tsipras sich zwei Mal an das jeweilige Parlament wenden müssen. Eine einfache, effiziente und effektive Lösung ist deshalb in Sicht.

Investitionen-geleitetes Wachstum

Schuldenmanagement ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung, um die griechische Krise zu beenden. Die griechische Wirtschaft braucht einen Wiederbelebung-Stimulus. Während eine langfristige Erholung privat finanziert werden muss, ist es erforderlich, den Fluss an Investitionsfinanzierung durch eine Ankurbelung in Gang zu bringen. Dazu wird auch ein Vehikel erforderlich sein, um auf effiziente Weise mit den in großem Ausmaß vorhandenen, sich in Zahlungsverzug

befindlichen Krediten fertig zu werden, die derzeit das Kreditsystem blockieren. An dieser Front lauten unsere Vorschläge:

Der Europäische Rat gibt der Europäischen Investitionsbank (EIB) „grünes Licht“, um ein „Spezielles Investitionsprogramm für Griechenland“ ins Leben zu rufen, das vollständig durch eine spezielle Begebung von EIB-Anleihen finanziert wird (was die Anforderung nationaler Ko-Finanzierung umgehen würde), wobei die EZB sekundäre Marktabsicherung für diese EIB-Anleihen bereitstellen würde (im Kontext ihres quantitativen Lockerungsprogramms). Dieses Investitionsprogramm ist durch die EIB und den Europäischen Investitionsfonds (EIF) in Kooperation mit einer neuen öffentlichen Entwicklungsbank zu managen, in weiterer Zusammenarbeit mit dem Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI), dem Hellenischen Investitionsfonds, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), dem KfW, und anderen europäischen Investitionsvehikeln, und im Zusammenhang mit neuen Privatisierungen (zB von Häfen und Eisenbahnen).

Der große Vorteil dieses Vorschlags liegt darin, dass er so gut wie keine Kosten für die griechischen Gläubiger verursachen würde. Die EIB operiert auf der Grundlage von Bankkriterien und würde in diesem Fall von Griechenlands schnellem Wirtschaftswachstum und dem zwangsläufig folgenden Anstieg der Vermögenswerte profitieren. Allein der „Ankündigungseffekt“ dieses Reformpakets, des Schuldenmanagements und der EIB-Investitionen würde, noch bevor irgendeine Investitionsfinanzierung tatsächlich bereit stünde, auch die Investitionstätigkeiten im Privatsektor ankurbeln, und damit unweigerlich die griechische Krise beenden.

Iphigenie versus Antigone

Sobald die griechische Krise hinter uns läge, müsste sich Europa in den Spiegel schauen und darüber nachdenken, wie man die Währungsunion auf solide Beine stellen kann, um sicherzustellen, dass die nächste Krise nicht wieder eine existenzbedrohende sein wird.

Es ist völlig klar, dass wir eine politische Union brauchen. Aber welchen Typs? Lassen Sie uns nicht vergessen, dass die Sowjetunion eine politische Union war, wenngleich keine, die wir nachbauen sollten. Nein, wir EuropäerInnen müssen es uns zum Ziel machen, eine demokratische politische Union zu errichten, die große Anziehungskraft auf unsere Bevölkerungen ausübt.

Wir EuropäerInnen müssen uns eine wichtige Frage stellen: Wollen wir eine liberale politische Union, die sich mit denen (wie unserer Regierung) auseinandersetzt, die der derzeitigen Verfasstheit der Wirtschaftspolitik kritisch gegenüberstehen, aber überzeugte EU-BefürworterInnen sind? Oder wollen wir eine politische Union, die keine Toleranz für Abweichungen von den neoliberalen Politikmaßnahmen zulässt, und die versucht, die unliebsamen Pro-EuropäerInnen wie die Syriza-Regierung rauszuekeln, und zwar auf Kosten der Demokratie in Europa? Gestehen Sie mir die Annahme zu, dass wenn die EuropäerInnen für letzteres stimmen sollten, dann würde Europa von Anti-EuropäerInnen beherrscht werden, die Europa – und alles wofür dieser Kontinent steht – hassen, und die Europa zurück in die nationalistischen Konflikte treiben wollen, die über viele Jahrhunderte so hohe menschliche Opfer gefordert haben.

Einige VerantwortungsträgerInnen in Europa glauben leider, dass es richtig sei, Griechenland als so etwas wie die Iphigenie der heutigen Zeit zu opfern, weil dies dem Rest der Eurozone dabei helfe, in Richtung einer politischen Union zu segeln, und zwar in einem Regime eiserner Disziplin, getrieben durch die Furcht, die der Grexit in die Herzen und Köpfe der EuropäerInnen eingehämmert haben wird. Ich fürchte, dass dies einem Versuch gleichkäme, ein nicht-nachhaltiges Modell aufrechtzuerhalten, indem das Ausmaß des Autoritarismus und eine krisenbringende Wirtschaftspolitik verfestigt werden. In der finalen Analyse würde das bedeuten, dass die Union gespalten wird, was unermessliche ökonomische und menschliche Kosten verursachen würde.

Lassen Sie mich eine weitere Heldin aus dem Repertoire der antiken Athener Tragödie bemühen: Antigone. Antigone symbolisiert das gerechte Herausfordern eines ungerechten Regelsystems; von Regeln, die mit grundlegenden Prinzipien von Anständigkeit und Gerechtigkeit kollidieren. Sie war aber natürlich keine Anarchistin. Sie glaubte an die Bedeutung von Regeln. Unglücklicherweise glaubte sie auch, dass jemand, der sich mit falschen Regeln konfrontiert sieht, mit Regeln, die sich schädlich auf die Lebensbedingungen der Menschen auswirken, dass es dann auch unsere Pflicht sei, diese in Zweifel zu ziehen und durch andere Regeln zu ersetzen, die dem Ziel eines guten menschlichen Zusammenlebens besser entsprechen.

Was glauben Sie, was ist für das Europäische Projekt besser geeignet? Agamemnons Strategie, Iphigenie zu opfern? Oder Antigones Neigung, nach besseren Regeln zu streben? Die Idee, Griechenland müsse aus der Eurozone herausgerissen werden, um den Rest zu disziplinieren? Oder die Idee, die Menschen näher zusammen zu bringen, auf der Grundlage einer vernünftigen, humanistischen Politik?

Das zentrale Problem, mit dem wir uns konfrontiert sehen, liegt darin, dass die Krise den politischen Willen weggespült hat, um unsere Volkswirtschaften in der asymmetrischen Währungsunion anzunähern, unter Berücksichtigung eines respektvollen Umgangs mit nationaler Souveränität. Viele BürgerInnen sind verständlicherweise im Begriff, der Währungsunion ihren Rücken zuzuwenden; sie verschanzen sich zunehmend nicht hinter ihrer nationalen Souveränität, sondern hinter nationalem Chauvinismus und gefährlichen Stereotypisierungen.

Daraus erwächst die große Frage: Ist es möglich, unseren Bevölkerungen in der asymmetrischen Währungsunion mehr Souveränität zu geben, während ein effektiver Mechanismus eingeführt wird, der von dem derzeitigen toxischen Überschuss-Recycling wegführt?

Ich glaube, das ist möglich. Aber es würde noch eine weitere lange Konferenz benötigen, um zu erklären, wie das funktionieren würde.

Eine Rede der Hoffnung

Am 6. September 1946 reiste der US-Außenminister James F. Byrnes nach Stuttgart, um dort eine historisch bedeutsame *Rede der Hoffnung* zu halten. Diese Rede markiert den Sinneswandel der USA gegenüber Deutschland, sie gab der gefallen Nation eine Chance, um sich wieder Erholung, Wachstum und eine Rückkehr zur Normalität vorstellen zu können.

Bevor die Rede von Byrnes Wellen des Optimismus durch das besetzte Deutschland geschickt hatte, standen die Alliierten vereint hinter der Position, Deutschland „in ein Land zu verwandeln, das primär agrarischen und ländlichen Charakter“ haben sollte. Die Ansprache von Byrnes signalisierte jedoch an die deutsche Bevölkerung, dass eine Umkehr der bestrafenden Deindustrialisierung Raum zu greifen begann, ein Signal für das Ende einer Entwicklung, die am Ende der 1940er-Jahre die Zerstörung von 706 industriellen Betrieben zu verantworten hatte.

Deutschland verdankt seine wirtschaftliche Erholung der Nachkriegsjahre und seinen Wohlstand seiner Bevölkerung, deren harter Arbeit und ihrer Innovationen, sowie dem Einsatz für ein vereintes, demokratisches Europa. Allerdings wären die Deutschen nicht in einer Position gewesen, sich einen solch grandiosen Nachkriegsaufschwung zu erarbeiten, wenn da nicht die Rede der Hoffnung gewesen wäre.

Vor Byrnes' Rede, und auch für einige Zeit danach, waren die Alliierten der USA nicht sehr bemüht, um die Hoffnung im besiegten Deutschland wiederherzustellen. Aber als sich Washington entschieden hatte, Deutschland zu rehabilitieren, gab es keinen Weg mehr zurück. Die Wiederbelebung stand auf der Tagesordnung, gefördert durch den Marshall-Plan, den von den US vorangetriebenen Schuldenerlass im Jahr 1953, sowie durch die Einreise von migrantischen Arbeitskräften aus Italien, Jugoslawien und Griechenland.

Europa hätte nicht zu einer Vereinigung in Frieden und Demokratie kommen können, hätte es nicht diese grundlegende Veränderung gegeben. Jemand musste die moralischen Einwände zur Seite schieben und mitfühlend auf diese Nation blicken, die in Rahmenbedingungen gefangen war, die nichts als Zwietracht und Fragmentierung im ganzen Kontinent produzieren konnten. Die USA, die aus dem Krieg als einzige Gläubigernation hervorgegangen waren, taten genau das, sie brachten die grundlegende Veränderung.

Sieben Jahrzehnte später sitzt eine andere Nation in einer angsterzeugenden Falle fest, die Risse in ganz Europa erzeugt, und von der sie sich nicht erholen wird können, wenn es nicht eine Variante von Byrnes' Rede der Hoffnung geben sollte: Griechenland! Moralische Einwände werden sichtbar, und sie stehen einer Politik im Weg, die Griechenland die Chance einräumen würde, sich aus der tiefen Krise zu befreien. Noch mehr Austerität wird dieser Volkswirtschaft abverlangt, die sich bereits auf den Knien befindet, weil sie die heftigste Dosis von Austerität hinnehmen hat müssen, die eine Nation jemals in Friedenszeiten erlebt hat. Kein Angebot des Schuldenerlasses. Kein Plan, um die Investitionen anzukurbeln. Und sicherlich keine Rede der Hoffnung für die am Boden liegenden Menschen.

Die griechische Regierung hat ein Bündel an Vorschlägen für tiefgreifende Reformen vorgelegt, für ein vernünftiges Schuldenmanagement sowie für einen Investitionsplan, der die Wirtschaft anregen würde. Griechenland ist voll und ganz bereit, einen Pakt mit Europa einzugehen, der die böartigen Elemente des Systems ausradieren würde, die dazu führten, dass Griechenland als erster Dominostein im Jahr 2010 zu Boden fiel. Wir sind bereit, unseren Anteil daran zu leisten, dass ein angemessener, nachhaltiger Mechanismus eingeführt wird, der dem toxischen Überschuss-Recycling ein Ende bereitet; wir sind bereit, unsere Hausaufgaben zu erledigen und uns an die Regeln zu

halten, die wir gemeinsam mit unseren deutschen FreundInnen umzuschreiben gedenken.

Aber um diese Reformen in Griechenland erfolgreich umzusetzen, fehlt es an einer entscheidenden Zutat: Hoffnung!

Eine Rede der Hoffnung würde deshalb im Moment den entscheidenden Unterschied machen.

Eine Rede der Hoffnung würde tatsächlich auch den Gläubigern zugute kommen, weil unsere Auferstehung auch die Wahrscheinlichkeit von Zahlungsausfällen auslöschen würde.

Was sollte sie beinhalten? Eine Rede der Hoffnung für Griechenland muss nicht technisch sein, sie sollte lediglich eine grundlegende Veränderung signalisieren, einen Bruch mit den vergangenen fünf Jahren, in denen neue Schulden auf den bereits bestehenden, nicht-nachhaltigen Schuldenberg aufgetürmt wurden – unter der Bedingung bestrafender Austerität.

Wer sollte diese Rede halten? Meiner Ansicht nach sollte dies die deutsche Bundeskanzlerin tun.

Wo? In Athen oder in Thessaloniki, oder in einer anderen griechischen Stadt ihrer Wahl.

Sie sollte die Möglichkeit nützen, um auf einen neuen Ansatz in der europäischen Integration zu verweisen, der in jenem Land seinen Anfang nimmt, das am stärksten gelitten hat, einem Opfer sowohl der fehlerhaften Architektur der Eurozone als auch des Versagens seiner eigenen Gesellschaft.

Lassen Sie mich noch eine praktische Anmerkung machen, sehr geehrte Damen und Herren, um sie darüber zu informieren, dass wir heute in der Mitte von uns meinen großen Freund und Kollegen James Kenneth Galbraith haben. Wenn es denn sein müsste, bin ich sicher, dass er dabei helfen könnte, eine solche Rede der Hoffnung aufzusetzen, die einen Wandel für Europa bringen würde. Genau wie die Rede von Byrnes im Jahr 1946.

Schlussfolgerungen

Gestatten Sie mir, mit einer sehr persönlichen Bemerkung diese Rede abzuschließen.

Eine der prägendsten Erinnerungen aus meiner Kindheit ist der knisternde Ton der Radioübertragungen der Deutschen Welle. In den düsteren Jahren der Diktatur von 1967-1974 war die Deutsche Welle der kostbarste Alliierte der griechischen Bevölkerung gegen die überwältigende Gewalt der staatlichen Unterdrückung.

Meine Mutter und mein Vater setzten sich regelmäßig neben den Radioempfänger, manchmal umhüllt von einer Decke, um sicherzugehen, dass die neugierigen Nachbarn keine Chance haben würden, um die Geheimpolizei zu rufen. Nacht für Nacht brachten diese „verbotenen“ Radioprogramme in unser Zuhause eine frische Brise von Hoffnung – aus einem Land, Deutschland, das fest hinter den demokratischen Kräften in

Griechenland stand. Auch wenn ich noch zu jung war, um zu verstehen, was der Radio meinen faszinierten Eltern weitergab, so identifizierte ich doch Deutschland als eine Quelle der Hoffnung.

Und da haben wir es. Ich beende diese Rede mit dieser Bemerkung, als einen Tribut an meine deutschen Freunde, welche die Erinnerungen dieser knisternden Töne der Deutschen Wellen am Leben erhalten, sachbezogen und stets inspirierend.